

EINWOHNERRAT

Protokoll

Der 5. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 13. Dezember 2012
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18:00 – 21:00 Uhr

Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Rolf Adam, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Christoph Morat
Franziska Pausa
Robert Vogt
Arnold Julier
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Sandra Steiner, Gemeindeverwalterin
Ines Weihrauch, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Peter Brack, Natali Delibasic, Ueli Keller, Maya Meisel, Jacqueline
Misslin, Niklaus Morat, Lukas Mussler, Pascale Uccella-Klauser

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 27 Anwesende = 18
18.15 Uhr 32 Anwesende = 22
20.15 Uhr 31 Anwesende = 21

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012,
zur **Finanzplanung der Einwohnergemeinde und der
Spezialfinanzierungen über die Jahre 2013 – 2017**
Geschäftsvertretung: VP Nicole Nüssli

Geschäft 4085 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 12.09.2012 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 22.11.2012, zum **Voranschlag 2013 der Einwohnergemeinde sowie Festsetzung der Gemeindesteuern und der Feuerwehersatzabgabe für das Jahr 2013** Geschäft 4084 / A
- 2.1.0 EINTRETENSDEBATTE
- 2.1.1 Stellungnahme des Gemeinderates vom 21.11.2012 und Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 21.11.2012, zu den **Budgetpostulaten** Geschäft 4084B / C
- 2.1.2 Budgetpostulat von Barbara Selinger, Christoph Benz, Ruedy Breitenstein, Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion, betreffend Erwerb des Labels „Kinderfreundliche Gemeinde Allschwil“ Geschäft 4084B.1
- 2.1.3 Budgetpostulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, betreffend Qualifizierte Aussensicht – Praxisarbeiten an den Hochschulen Geschäft 4084B.2
- 2.1.4 Budgetpostulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, betreffend Erhöhung des Budgetpostens 210 – 318.00 um 20'000 Franken Geschäft 4084B.3
- 2.1.5 Budgetpostulat von Daniela Werren, SP-Fraktion, betreffend Laufende Rechnung Position 300-364.00 Geschäft 4084B.4
- 2.1.6 Budgetpostulat von Roland Naef, FDP, betreffend Rückstellung für die Ausfinanzierung des Gemeindeanteils an der Deckungslücke der Pensionskasse des Kantons Baselland (BLPK) aufzunehmen Geschäft 4084B.5
- 2.1.7 Budgetpostulat von Roland Naef, FDP-Fraktion, betreffend Reduktion der Personalkosten Geschäft 4084B.6
- 2.1.8 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen und Honorare (Konto 840-318.00) Geschäft 4084B.7
- 2.1.9 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Übriger Unterhalt durch Dritte (Konto 020-315.00) Geschäft 4084B.8
- 2.1.10 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Übriger Personalaufwand Gemeindeverwaltung (Konto 020-309.00) Geschäft 4084B.9
- 2.1.11 Budgetpostulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Personalaufwand Alterskonzept (Konto 570-301.00) Geschäft 4084B.10
- 2.1.12 Budgetpostulat von Nedim Ulusoy, Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler, GLP/BDP-Fraktion, betreffend Konto 340-319.00 Sport, Übriger Sachaufwand Geschäft 4084B.11
- 2.2 DETAILBERATUNG
- 2.2.1 Voranschlag der Einwohnerkasse
- 2.2.2 Festsetzung der Gemeindesteuern 2013
- 2.2.3 Festsetzung der Feuerwehersatzabgabe 2013
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 22.11.2012, betreffend **Doppel-Tageskindergarten „Spitzwald“** und Beantwortung des Postulats der SP/EVP und FDP-Fraktion, vom 24.10.2012, betreffend **Unterkellerung Kindergarten (KG)**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4087 / A
4. Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, vom 30.10.2012, betreffend **Teilrevision Wasserreglement und Abwasserreglement**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt
Geschäft 4097 / A
5. Bericht des Gemeinderates vom 21.11.2012, betreffend **Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme**
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier
Geschäft 4102
6. Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2012, zum Postulat von Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion, vom 16.11.2011, betreffend **Alternative Energien und Energiesparmassnahmen bei Renovation und Neubauten der Gemeindeliegenschaften**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat
Geschäft 4033 / A
7. Postulat von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, vom 23.10.2011, betreffend **Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Dr. Anton Lauber
Geschäft 4027
8. Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat, Lukas Mussler und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Bedürfnisabklärung „Netzwerk Palliativmedizin“ in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier
Geschäft 4092

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 4 (Budgetsitzung 2013) vom 12. Dezember 2012

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Rolf Adam

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Rolf Adam, Präsident: Ich begrüsse Sie zur zweiten Sitzung am 13. Dezember 2012.

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Bevor wir mit der Traktandenliste weiterfahren, möchte ich auf etwas aufmerksam machen, weil es gestern Probleme gab mit den Abstimmungen. Ich bitte beim Abstimmen, die Fläche gegen den Stimmenzählenden zu halten, und nicht schräg. Es ist von hier oben offensichtlich schwierig, dies zu erkennen. Und bitte oben halten und nicht halb oben. Das würde uns sehr helfen.

Wir fahren weiter mit der Detailberatung Vorschlag 2013.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Jean-Claude Bourgnon, Philippe Hofmann und ich persönlich kommen mit einem Rückkommensantrag zu den Budgetpostulaten von gestern. Ich möchte ein paar Worte zu diesem Rückkommensantrag sagen und weshalb wir darauf kommen. Gestern Abend hat der Einwohnerrat das Budgetpostulat 4084B.7 von der GLP/BDP-Fraktion angenommen und hat somit CHF 40'000 aus dem Konto 840-318.00 gestrichen. Wie wir im Nachhinein erfahren haben, wäre dieser Betrag für ein Fest eingeplant gewesen, über das der Gemeinderat nicht vorgängig informieren wollte. Uns ist aufgestossen, dass, nachdem der Einwohnerrat das Postulat angenommen hat und der Betrag gestrichen wurde, von Seiten des Gemeinderates während und nach der Sitzung teilweise sehr unprofessionelle Aussagen gekommen sind. Damit qualifiziert man sich selber. Wenn es dem Gemeinderat so wichtig gewesen wäre, dann hätte er von Anfang sauber informieren sollen. Jetzt kommt das, dass er es nicht an die grosse Glocke hängen wollte. Dann hätte man mindestens mit den Fraktionspräsidenten reden können, damit das Geschäft durchgewinkt wird. Es hätte vielleicht auch gereicht, mit dem Postulanten zu sprechen, der hätte dies vielleicht zurückgezogen. In Gesprächen nach der Sitzung hat sich bei vielen Einwohnerräten herausgestellt, dass sie mit dieser Information ein anderes Stimmverhalten an den Tag gelegt hätten. Das ist der Grund für unseren Rückkommensantrag und wir hoffen, Sie nehmen das an. So können wir nochmals über dieses Postulat abstimmen, wie wir abgestimmt hätten mit den richtigen Informationen. Ich bitte Sie, diesen Rückkommensantrag zu unterstützen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Rückkommensantrag zum Budgetpostulat 4084B.7 ab.

://:

Dem Rückkommensantrag wird mit 27 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Wir kommen auf das Geschäft zurück.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Danke für das Rückkommen. Florian, ich glaube, du hast ein bisschen über den Ast hinausgeschossen. Die Information, wie sie der Gemeinderat gemacht hat, ist korrekt. Es geht darum, dass wir nicht wollten, dass der Betrag für einen bestimmten Anlass gesprochen wird. Es ist eine Gesamt-Budgetposition, die gekürzt wurde, man kann das anschauen, wie man will. Wir haben auf dieser Budgetposition für das Schwingfest nach wie vor grundsätzlich einen Betrag zur Verfügung von CHF 25'000, die wir sprechen können für das Schwingfest. Ich weiss nicht genau, was du vorher angesprochen hast. Die Fraktionen wussten, dass auf dieser Position ein Schwingfest drin ist. Wir haben informiert. Ich weiss es von meiner eigenen Fraktion und von der FDP-Fraktion, dass sie dies gewusst haben. Hier wäre ein bisschen Vorsicht am Platz. Es ist klar, dass ein Schwingfest stattfindet. Wir wissen, dass sich ein OK gegründet hat. Wir haben Interesse daran, dass das nordwestschweizerische Schwingfest in Allschwil stattfinden kann. Wie weit die Organisation ist, wissen wir nicht. Wir sind mit den Informationen grundsätzlich zurückhaltend. Es gab eine Vorab-Information. Für den Gemeinderat ging es vor allem darum, dass wir unsere Informations- und Handlungsfreiheit wahren können. Wenn man den Betrag fix beschliesst, dann kann er so abgerufen werden. Wir haben hier immer ein bestimmtes Vorgehen. Wir müssen ein Budget, ein Programm und einen entsprechenden Antrag haben. Beides haben wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Das sind die standardisierten Vorgehen bei einem Budget-Abruf.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Habe ich das richtig verstanden, dass CHF 25'000 für das Schwingfest bereit gestellt sind?

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben pauschal für Anlässe auf dieser Position CHF 15'000. Wir haben provisorisch für das Schwingfest CHF 50'000 eingestellt. CHF 40'000 wurden gestrichen. Wir haben von den Anlässen generell CHF 15'000 plus CHF 10'000, die übrig bleiben, das ergibt CHF 25'000.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Das ist schön, wenn ich mehr weiss. Ich möchte ein konkretes Beispiel machen zu Aussagen, welche über den Ast hinausgeschossen sind. Eine dieser Aussagen kam von Gemeinderat Morat, nämlich folgende: Es nimmt mich wunder, wie das in den Medien aussieht, wenn dort steht, dass dank der SVP-Fraktion ein Schwingfest verhindert wurde.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Das Budgetpostulat wurde von der GLP/BDP-Fraktion eingereicht. Es ist nicht abgesprochen mit den anderen Mitgliedern, weil die nicht hier sind. Ich persönlich bin etwas überrascht, wenn wir die CHF 40'000 wieder gutheissen. Das sind CHF 40'000, welche für einen einmaligen Anlass gesprochen werden. Ansonsten diskutieren wir stundenweise über CHF 5000 oder CHF 10'000 für Sachen, die nachhaltiger wären. Das Verhältnis stimmt nicht ganz, wenn man dafür CHF 40'000 zusätzlich budgetiert. Wie wir gehört haben, sind noch CHF 25'000 da für das Schwingfest.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben es vom Gemeinderat gehört, sie haben ein konkretes Projekt. Das konkrete Projekt ist geplant, aber noch nicht in Auftrag gegeben. Ich möchte beliebt machen und stelle diesen Antrag, dass wir heute Abend nicht auf die CHF 40'000 zurückkommen, sondern dass der Gemeinderat mit einem Antrag zu diesem einzelnen Projekt in den Einwohnerrat kommt. Dann stimmen wir darüber ab, ob wir ein Schwingfest wollen oder nicht.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Andreas Bammatter ab.

://:

Sie haben den Antrag von Andreas Bammatter mit 11 Ja-, 17 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgewiesen.

Wir kommen zum Rückkommensantrag. Wer möchte nicht, dass die CHF 40'000 gestrichen werden?

://:

Mit 21 Ja, und 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung ist dies angenommen. Somit ist das Budget nicht gestrichen.

Traktandum 2.2

Detailberatung

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

Laufende Rechnung - Detail Artengliederung

Laufende Rechnung - Detail Funktionale Gliederung

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Bei Position 020-308.00 werden CHF 12'000 eingestellt für temporäre Arbeitskräfte. Weiss man, welche Berufsgruppen dies sind? Es sind temporäre Arbeitskräfte und mich interessiert, wo diese eingesetzt werden.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir klären das konkret ab, wir sind uns nicht ganz sicher. Es könnte die Tangente sein, die bei den sozialen Diensten aushilft.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Bei Position 020-315, übriger Unterhalt durch Dritte, finde ich es wichtig, dass der Einwohnerrat weiss, wie diese Entwicklung ist. Ich stelle keine Frage, aber ich stelle fest, das Budget und Rechnung in den letzten Jahren weit auseinander klaffen. Jérôme Mollat hat gestern das Budgetpostulat zurückgezogen, deshalb sag ich es jetzt. Ich stelle fest, dass das Budget stark ansteigt, die Rechnung bleibt konstant gleich. Wenn wir über Menschen diskutieren mit CHF 17'000, dann wird das nicht in Frage gestellt. Hier sprechen wir hunderttausende von Franken und ich werde dafür sorgen, dass ein Auge darauf gehalten wird. Die Lizenzverträge, die Toni Lauber gestern angesprochen hat, sind da. Die Frage ist, ob sie nötig sind.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Wir haben einen guten Austausch, Andi hat mir gesagt, dass diese Frage kommt, und ich habe mich entsprechend vorbereitet. Es gibt zwei Aspekte, die wir berücksichtigen. Ich habe eine Liste vor mir. 2008, 2009 und 2010 ist es noch eine ausgeglichene Sache. Was im 2011 und im 2012 zu Differenzen geführt hat, ist vielschichtig. Zuerst haben wir das Thema Betrugsfall, den wir in Allschwil hatten. Dort waren die Zahlen der betreffenden Person im Budget. Diese sind in der Rechnung nicht mehr erschienen und dies hat zu Differenzen geführt. Es gibt andere Aspekte von einzelnen Bereichen, welche nicht umgesetzt werden konnten. Der Gemeinderat hat sich damit auseinandergesetzt am 26. September 2012, und zwar die Kreditabrechnungen der Investitionskredite. Ich rede jetzt auf der Kontoebene 00, also auf dem gesamten Konto. Da gab es einzelne Projekte, welche nicht umgesetzt werden konnten aufgrund verschiedener Gründe. Ich möchte nicht jedes einzelne erwähnen, ich kann das Andi nachher zeigen. Es sind Aufgaben, die aufgeschoben und nicht aufgehoben sind. Es steht eine Geschäftsverwaltungssoftware an, Erstellung von Extranet- und Intranet Anschlüsse. Es ging um eine Sicherung von Netzwerkanschlussdosen, was man verschoben hat. Wir haben ein neues Archivierungssystem Abacus, welches diskutiert wurde. Die Kosten/Leistungsrechnung wurde zusammen mit dem HRM2-Projekt auf das Jahr 2014 verschoben wurde, weil der Kanton die Einführung von HRM verschoben hat. Dadurch gibt es die Verschiebungen zwischen Budget und Rechnung, diese sind aber nachvollziehbar.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

1. Öffentliche Sicherheit (Seite 21)

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auf Seite 22, Position 113-310.00, Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen, lesen wir, dass beim Voranschlag 2012 CHF 500 sind, im Voranschlag 2013 CHF 7800, das sind 520% Zuschlag. Wenn man hinten liest, dann ist das für ein Ordnungsbussen-Büchlein. Ich kann das nachvollziehen, aber weil wir von der Unterkellerung reden, wollte ich fragen, ob wir einen Keller benötigen, um die Ordnungsbüchlein einzulagern. Das ist mehr scherzhaft, aber es ist lustig.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Herr Bammatter hat gesagt, es sei scherzhaft, also muss ich nicht antworten, oder?

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Das überlasse ich dir.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Es handelt sich um 350 Ordnungsbussenblocks. Das sind die kleinen Zettel, welche Sie unter dem Scheibenwischer finden, wenn Sie zu lange in der blauen Zone standen. Da braucht es auch einen Durchschlag, damit man kontrollieren kann, ob die Person bezahlt hat. Der Einzahlungsschein ist dort auch dabei. Da sind wir sehr kundenfreundlich. Die letzte Bestellung stammt aus dem Jahr 2006 und im 2013 bestellen wir wieder, Sie sehen also, wie lange das hält. Das sind die einen CHF 5'300. Die anderen CHF 1000 sind Steckzettel, das ist etwas ähnliches. Man kann etwas ankreuzen und hat einen Durchschlag. Das braucht man, wenn man zum Beispiel an einem Briefkasten eine Nachricht hinterlassen muss, dass die Person sich bei der Polizei melden muss, oder an einem Fahrzeug, wenn man an einem parkierten Fahrzeug einen technischen Defekt sieht. Man kann damit eine Notiz hinterlassen, wo man den Durchschlag hat und überprüfen kann, ob sich die Person ordnungsgemäss gemeldet hat und den Defekt behoben hat. Da geht es nochmals um CHF 1000. Das sind 60 Blocks. Wir gehen davon aus, dass dies rund drei bis vier

Jahre reicht. Zu den Ordnungsbussenblocks für die CHF 5'300. Dieses Geld muss man investieren, wenn man auf der anderen Seite die Busseneinnahmen generiert. Diese Kosten sind nicht steuerfinanziert, sondern Ordnungsbussen-finanziert.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wenn ich einen solchen Zettel erhalte, dann werde ich das rahmen lassen und aufhängen, das Papier ist sehr teuer.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

2. Bildung (Seite 25)

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Position 200-318.00, Dienstleistung, Honorare. Hier steht, dass wir einen Fahrdienst für die Kinder haben, das wissen wir. Ich gehe davon aus, dass die CHF 28'000, was das kostet, aufgeteilt durch 12, uns pro Monat CHF 2'300 kosten für den Fahrdienst dieser Kinder vom Sporn hinunter. Das ist keine Frage, das ist eine Feststellung. Wenn wir so weiter investieren, bauen und machen, dann müssen wir hier entsprechend investieren, dass diese Kinder herumgefahren werden können, da noch kein Kindergarten da ist. Das kostet uns nächstes Jahr CHF 2'300 pro Monat.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe eine Position gefunden, die noch viel mehr einschenkt. Ich spreche von der Position 240-318.00. Das sind die Mieten, die wir bezahlen müssen an die Kindergärten. Hinten bei den Erläuterungen ist eine klare Aufteilung, welche Kindergärten dies betrifft. Der Betrag ist mehr als eine Verdoppelung von 2012 aufs 2013, das ist sehr frappant. Frappant ist, dass dies jährlich wiederkehrende Kosten sind. Wir hatten bis jetzt Kindergärten, wo wir Mieten bezahlt haben von CHF 100'000. Ab 2013 verdoppelt sich dies. Das ist auch eine Feststellung. Ich denke nicht, dass wir dies ändern können, aber das ist eine sehr grosse Differenz gegenüber dem Vorjahr.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist tatsächlich so, wir haben bedeutend mehr Kinder und dadurch müssen wir mehr Kindergärten mieten. Der Gemeinderat hat in seiner Kindergartenstrategie, welche am 19. Juni dieses Jahr hier drin verabschiedet oder zur Kenntnis genommen wurde, gesagt, wie er sich das vorstellt. Es gibt einen Mix zwischen Bauten, die wir selber erstellen, und Bauten, wo wir uns einmieten. Die Einmietung gibt eine gewisse Flexibilität und lässt uns in Zeiten mit weniger Kindern – das wird in absehbarer Zeit nicht der Fall sein – einen Mietvertrag kündigen. Aber es ist so, wie Kurt Kneier das festgestellt hat, es wird frappante Erhöhungen geben. Die Gründe dafür sind beispielsweise der Kindergarten Parkallee. Das ist ein Doppelkindergarten, den wir von der UBS mieten. Diesen hat die UBS auf eigene Kosten erstellen lassen. Wir mieten diesen zu normalen Konditionen wieder zurück. Beim Kindergarten Dorf, römisch-katholischer Frauenverein, werden wir eine zweite Abteilung mieten müssen. Auch dort gab es eine Erhöhung um einen Kindergarten grösser. Wir haben beim bisherigen Kindergarten eine Mietanpassung gemacht. Dort sind wir seit Jahrzehnten extrem billig unterwegs. Der römisch-katholische Frauenverein hat dies neu mit uns verhandelt. Wir mussten eingestehen, dass es nicht haltbar und nicht kostendeckend ist, was wir über Jahre bezahlt haben. Dies ergibt die Mehrkosten, welche in dieser Position ausgewiesen sind.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

5. Soziale Wohlfahrt

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Seite 48, Position 790-318.00, es geht dort um Nutzungsformen zu prüfen mit CHF 10'000. Was heisst das? Ich verstehe nicht, was man da macht.

Robert Vogt, Gemeinderat: Das kläre ich gerne ab, ich kann es spontan nicht beantworten.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

8. Volkswirtschaft

9. Finanzen und Steuern

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Sie müssen keine Angst haben, ich langweile Sie nicht mit den Steuereinnahmen wie gestern Abend. Ich habe eine Frage zu Position 901-400.00. Dort ist in der Rechnung ein Millionenbetrag, im Budget 2012 minus 50'000 und jetzt nochmals minus 50'000. Das geht bei mir buchhalterisch nicht auf, vielleicht kann mir jemand helfen. Hinten steht eine Erläuterung, aber auch diese verstehe ich nicht.

Nicole Nüssli, Gemeinderätin: Ich kläre das ab und beantworte es nachher direkt.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

Investitionsrechnung – Detail Artengliederung

Ausgaben

Einnahmen

Investitionsrechnung – Detail Funktionale Gliederung

0 Allgemeine Verwaltung

1. Öffentliche Sicherheit

2. Bildung

3. Kultur und Freizeit

4. Gesundheit

5. Soziale Wohlfahrt

6. Verkehr

7. Umwelt und Raumplanung

8. Finanzen und Steuern

Verzeichnis der Investitionskredite / Verpflichtungskredite

Rolf Adam, Präsident: Wir sind mit der Detailberatung durch. Ich schliesse dieses Beratungsgeschäft. Wir kommen zur Feststellung Vorschlag 2013 Einwohnerkasse.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Einwohnerrat wie folgt zu beschliessen:

1) Der Voranschlag 2013 für die Einwohnergemeinde Allschwil wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- 2) Der Steuerfuss für die Einkommens- und Vermögenssteuer der Natürlichen Personen wird unverändert auf 58.0% der Staatssteuer festgelegt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- 3) Die Steuersätze für die Juristischen Personen werden wie folgt festgelegt

a) Kapitalgesellschaften / Genossenschaften

Ertrag	5.00%
Kapital	2.75 ‰

b) Vereine, Stiftungen, übrige Juristische Personen

Ertrag	58.00% der Staatssteuer
Kapital	2.75 ‰

c) Holdinggesellschaften

Liegenschaftsnettoertrag von ausländischen Quellen	58.00% der Staatssteuer
besteuertes Einkommen	5.00%
Kapital	0.10 ‰ mind. CHF 100.00

d) Domizilgesellschaften

Kapital	0.50 ‰ mind. CHF 100.00
---------	-------------------------

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

- 4) Die Feuerwehersatzabgabe beträgt für Natürliche Personen unverändert 6.0% der Gemeindesteuer.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 24.10.2012, sowie Bericht der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen vom 22.11.2012, betreffend Doppel-Tageskindergarten „Spitzwald“, Geschäft 4087 / A und

Beantwortung des Postulats der SP/EVP und FDP-Fraktion, vom 24.10.2012, betreffend Unterkellerung Kindergarten (KG)
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4079 / A

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir sind heute an einem weiteren Teil unserer Kindergartenstrategie, unsere Perlenkette in der Gesamtstrategie unserer Bildungsbauten, welche der Gemeinderat im April 2011 hier drin vorgestellt hat. In der Kindergartenstrategie vom 19. Juni, da sass der Einwohnerrat in

leicht anderer Zusammensetzung hier, hat er die Kindergartenstrategie gut geheissen. Ein wichtiger Punkt war die Verteilung der Kinder, welche in den Neubaugebieten sind. Wir bauen momentan bei der Ziegelei einen Einfachkindergarten. Wir brauchen einen weiteren Kindergarten beim Rankacker. Der dort beheimatete Tageskindergarten muss deshalb an einem neuen Ort entstehen. Den neuen Ort haben wir im Gemeinderat evaluiert. Wir fanden das Areal an der Spitzwaldstrasse Sturzenegger das am besten geeignete Areal. Man kommt von allen Seiten dorthin und man kann die Kinder gut abgeben. Darum haben wir uns entschlossen, auf diesem Areal einen Doppel-Tageskindergarten zu erstellen. Das Bedürfnis für einen Doppel-Tageskindergarten ist mehr als gegeben. Die Tagesbetreuung in Allschwil ist eine Erfolgsgeschichte. Es kamen bereits mehr Anmeldungen rein, ich meine es seien 9 mehr, um den einen Tageskindergarten zu füllen. Wir müssen bereits heute nach Lösungen suchen, wie wir die Kinder betreuen bis 2014/2015, bis der Doppel-Tageskindergarten beim Sturzeneggerareal in Betrieb genommen werden kann. Die Grundfläche ist rund 480 Quadratmeter, dazu gehören 960 Quadratmeter Freifläche. Das ist eine grosszügige Sache, es bleibt aber immer noch genügend Land übrig, welches wir abparzellieren können und für die Finanzierung des neuen Schulhauses veräussern könnten. Wie auch immer, dies kommt in einer weiteren Vorlage im nächsten Jahr auf Sie zu. Beim Bau soll es einen Wiedererkennungswert geben der Allschwiler Kindergärten, also diejenigen, die wir selber erstellen. Es wurde alles vom gleichen Architekturbüro gezeichnet. Ich konnte hier auch schon berichten, dass es eine schnelle Sache sein musste. Der Wiedererkennungswert, wo man grad sofort weiss, dass dies ein Allschwiler Kindergarten ist, soll auch hier so sein. Das Gebäude soll im Minergie P Standard errichtet werden, das ist in den Kosten enthalten. Auch der Kindergarten Ziegelei ist nach Minergie P Standard. Die Totalunternehmer Submission hat bereits stattgefunden, wie Sie dem Amtsblatt entnehmen durften. Wir haben dort ein bestens geeignetes Büro evaluiert, welches den Auftrag für uns übernehmen könnte. Der Preis, den wir Ihnen hier in dieser Vorlage angegeben haben, ist nicht der Preis des billigsten Unternehmers. Das dürfen wir nicht, weil bis zu diesem Zeitpunkt, wo der Kindergarten in Auftrag gegeben wird, noch viel passieren kann. Sie wissen wie schnelllebig die heutige Zeit ist. Darum hat der Gemeinderat beschlossen, dass man den Preis des zweitbilligsten hier rein nimmt. Der Kindergarten wird also sicher billiger, aber wir möchten nicht mit einem Nachtragskredit kommen, wenn wir merken, dass etwas mit dem Unternehmer ist, wenn er es nicht zu diesen Konditionen machen kann. Wir haben eine saubere Submission gemacht und bieten Ihnen den etwas höheren Preis an. Es wird sicher günstiger als es hier im Preis steht. Dies sage ich aus Gründen der Transparenz. In der VPK haben wir diese Frage ausgiebig diskutiert.

Die Unterhaltskosten sind wegen dem Minergiestandard extrem tief. Sie können das den Unterlagen entnehmen. Es macht rund CHF 2.20 pro Quadratmeter und Monat, das heisst, wir werden dort praktisch keine Heizkosten haben. Energiekosten werden sich allenfalls im Elektrischen niederschlagen. Die Volksabstimmung sollte am 03. März stattfinden, wenn Sie heute Abend diesem Antrag stattgeben. Aus diesem Grund bitte ich Sie, den Anträgen des Gemeinderates zu folgen. Wir haben das Postulat insofern beantwortet, als dass wir die Kosten haben rechnen lassen einer Unterkellerung in der Grösse des Kindergartens auf dem Areal Sturzenegger. Das ist in einem ausgebauten Standard, das ist um einiges teurer als nur rohe Betonwände. Wenn man eine Unterkellerung nutzen sollte für irgendwelche Zwecke, wo sich Menschen aufhalten, dann muss dieser entsprechend belichtet, beheizt, belüftet werden und er muss zugänglich sein für Behinderte. Das steht im Behindertengleichstellungsgesetz, daran müssen wir uns halten. Den Lift, der jetzt ins Obergeschoss führt, müssen wir nachher auch ins Untergeschoss führen. Aus diesem Grund sind die Kosten so hoch. Wir haben sie ausgewiesen und das Postulat genügend beantwortet. Die schlussendliche Beurteilung, ob das richtig beantwortet ist, obliegt allerdings Ihnen heute Abend. Ich möchte Ihnen beliebt machen, den Anträgen des Gemeinderates, welcher sich mit der VPK deckt, zu folgen.

Kathrin Gürtler, VPK-Vizepräsidentin: Die Kommission schaut es als vorteilhaft an, dass der Kindergarten in der Ecke der Parzelle zur Spitzwaldstrasse stehen wird, und dadurch die Parzellierung der Gesamtparzelle möglich ist, um freie Hand zu haben für einen Beitrag zur Finanzierung des neuen Schulhauses. Wir haben die Pläne angeschaut und festgestellt, dass es nicht allzu viel Arbeitsräume gibt für die Lehrpersonen und die Betreuerinnen, welche für diese Personen reserviert sind. Allerdings gibt es in diesem Doppelkindergarten Gruppenräume und andere Räume, welche nicht den ganzen Tag genutzt werden. Dort kann sich eine Betreuungsperson oder eine Lehrperson zurückziehen. Die Ausschreibung an einen Totalunternehmer hat den Vorteil, dass das Projekt relativ flexibel bleibt und zu einem späteren Zeitpunkt kleinere räumliche Anpassungen vorgenommen werden können. Die VPK hat einstimmig den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

Rolf Adam, Präsident: Bevor wir in das Geschäft eintreten, möchte ich mitteilen, dass dieses Geschäft in einer Lesung abgehandelt werden muss. Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Zuerst etwas zum Kindergarten und zum Projekt, und dann noch etwas zur Unterkellerung. Beim Finanziellen steht unten der Satz: Die Kosten basieren auf der Annahme, dass die Hauptabteilung Hochbau Bauleitung und Kostenkontrolle durchführt. Ich frage mich, ob es möglich ist, die Bauleitung zu machen, wenn man am Schluss einen TU-Auftrag hat. Ein Totalunternehmer macht die Planung und Ausführung in Eigenregie. Da kann die Gemeinde nicht auch noch die Bauleitung machen, da geht es höchstens um die Kostenkontrolle. Bei den Kosten steht am Schluss der Satz wegen der Teuerung. Ich möchte beliebt machen, dass man bei den jetzigen Bauobjekten die Teuerung streicht. Wenn es einen Totalunternehmervertrag gibt, dann gibt es eine Pauschale. Die Pauschale ist inklusive der Teuerung. Wir müssen nicht mit der Teuerung rechnen. Wenn wir jetzt die Teuerung einsetzen, dann sind das meistens versteckte Reserven. Beim Projektbeschrieb steht zwar viel, dass man die Richtlinien zugezogen hat, nur gibt es keine Richtlinien für Tageskindergärten. Wenn man das Erdgeschoss anschaut, dann sind da nur drei WC für 40 Kinder. Alle, die Kinder haben, wissen, dass vor allem nach dem Mittagessen die WC benötigt werden. Diese sind sicher zu knapp bemessen. Das eine oder andere in diesem Projektbeschrieb müssten man bis zur Ausführung so machen, damit es auch für einen Tageskindergarten gerecht wird. Der jetzige Tageskindergarten hat bereits Mängel. Wir sollten nicht die gleichen Fehler beim Neuen einplanen.

Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion: Wie bereits erwähnt, war das Geschäft in der VPK völlig unbestritten. Auch wir in der GLP/BDP-Fraktion unterstützen das Projekt. Der Bedarf für den Doppel-Tageskindergarten ist da und dies ist ein gutes Projekt. Der einzige Haken daran ist, dass eine weitere Grünfläche in Allschwil überbaut wird und verloren geht. Letztendlich liegt der Entscheid bei den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Rolf Adam, Präsident: Mir liegt ein Sachantrag vor von den Grünen/EVP, ich lege ihn kurz auf.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Wie Sie sicher erwartet haben, komme ich jetzt mit einem Antrag zum gleichen Thema. Das Ziel ist das genau gleiche. Wir haben uns bereits die Köpfe heiss geredet, ob wir es unterkellern wollen oder nicht. Wir haben gesagt, dass es ein Postulat geben soll, damit dies berechnet wird. Die Berechnungen liegen jetzt vor, präziser als damals. Wir haben heute Abend von verschiedenen Leuten gehört, dass es Sachen gibt, welche nach mehr Platz rufen. Das Tageskindergartenprojekt ist expansiv. Es ist nicht nur die Frage der WC und der Lehrpersonen. Ich möchte, dass wir darüber befinden, weshalb wir einen Keller oder weshalb wir keinen Keller benötigen. Ich möchte den Antrag stellen auf Abstimmung heute Abend im Laufe des Projekts. Es ist mir auch wichtig, dass es in einer Lesung durchgeht. Es geht nicht um das Herauszögern, es geht um die Sache. Es macht es einfacher, dass die Pfadi eine Lösung gefunden haben und wir genauere Daten haben als das nächste Mal. Ich wäre froh, wenn Sie diesen Antrag gutheissen.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Gegenüber der letzten Einwohnerratssitzung ist diese Unterkellerung plötzlich nur noch die Hälfte. Beim jetzigen Vorschlag sind plus/minus 20% drin. Wieso kann man in den Kosten für den effektiven Kindergarten eine Kostengenauigkeit von plus/minus 5% hinkriegen, und wenn es um die Unterkellerung geht nur noch plus/minus 20%? Die Pläne für die Unterkellerung liegen vor und sind Bestandteil der Totalunternehmer Submission. Die Totalunternehmer haben alle die Unterkellerung gerechnet und man weiss jetzt, plus/minus 5%, was das kostet. Im Bericht des Gemeinderates werden gemeindeeigene Kindergärten zum Vergleich beigezogen, Jahrgang 71, 73 und 66. In den letzten 40 Jahren hat sich die Unterrichtsform in den Kindergärten massiv geändert. An der letzten Einwohnerratssitzung wurden wir darüber orientiert, dass die Unterkellerung nicht benötigt werde, das sei abgesprochen mit den Lehrkräften und den Nutzern. Ich habe mir erlaubt, sämtliche Kindergärtnerinnen von Allschwil per Email anzuschreiben. Ich habe von allen, die ich angeschrieben habe, 21 Antworten erhalten. 21 Kindergärtnerinnen wünschen sich dringendst eine Unterkellerung, weil sie bei den heutigen Formen mehr Platz brauchen für das Einlagern von gewissen Sachen. Man hat Stühle, Bänke etc. Es gibt vier Jahreszeiten, jede Jahreszeit hat ihren eigenen Stoff. Das kann man nicht alles zuhause aufbewahren, sondern es wird gewünscht, dass die Kindergärten unterkellert werden. Im Fall der Unterkellerung geht man von falschen Voraussetzungen aus. Erstens haben wir zu wenig Land. Wir haben es vorhin gehört, es ist schade, wenn Grünflächen überbaut werden. Für mich ist es zwingend notwendig, dass man solche Gebäude unterkellert. Der Gemeinderat wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine Unterkellerung und deshalb ist die Kostengenauigkeit anders. Man könnte zum Beispiel auch nur die Hälfte unterkellern. Wir haben vorhin von der Grundfläche der Tageskindergärten gehört. Man könnte auch sagen, dass man nur die Hälfte macht usw. Ich möchte dringendst beliebt machen, dass

man auf die Unterkellerung nochmals zurückkommt und im Interesse der Kindergärtnerinnen und der Kindergärten in Allschwil einer Unterkellerung zustimmt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auch ich habe hier drin über das Thema Unterkellerung geredet. Grundsätzlich ist es ein Misstrauensantrag von Roland gegenüber der Verwaltung. Wir im Einwohnerrat haben zu beschliessen, was gemacht wird. Wie es gemacht wird, ist die Sache des Gemeinderates, er ist ausführend. Ich gehe davon aus, dass die Verwaltung erwachsen genug ist, dass sie diese Abklärungen gemacht haben. Ich bin auch grundsätzlich für eine Unterkellerung, wenn der Bedarf da ist. Der Bedarf wegen den vier Jahreszeiten ist für mich zu schwammig. Ich möchte wissen, was dort eingelagert wird. Wenn ich einen Raum mehr erhalte, dann sage ich ja, ich nehme den Raum. Ich möchte hier konkret wissen, weshalb wir das brauchen. Ich rede nicht von gestern wegen der Finanzlage, aber wenn wir einfach Räume machen ohne Zweck, dann sind das Ersatzräume. Ich gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Planung des Kindergartens mit Erwachsenen macht. Es sind Architekten und Architektinnen, welche die Abklärungen mit den Pädagoginnen und Pädagogen machen, und dann werden sie das so ausarbeiten. Wenn wir nun etwas zusätzliches wollen, dann kostet dies. Diese Kosten haben wir nun, der Antrag ist da. Ich werde dem nicht zustimmen, weil ich nicht weiss, für was der Raum geschaffen wird. Er ist in einem Ausbaustandard, was nicht einfach ein Keller ist. Das mit der Pfadi hat sich erledigt, darauf müssen wir nicht mehr zurückkommen. Es gibt keinen Grund, weshalb wir diesen Keller benötigen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie Andreas Bammatter. Ich finde es kein Misstrauensvotum von Herrn Naef, sondern es ist eine kritische und gesunde Haltung, die Sache zu hinterfragen. Wir haben schon mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass etwas rechnerisch nicht stimmen kann. Es macht wieder den Anschein, dass man höhere Zahlen für plus/minus einsetzt und eine Angstmacherei heraufwirft, es werde zu teuer und man solle es ablehnen, wir haben kein Geld. Es wäre schöner, man würde besser rechnen mit plus/minus 5% und das dann bringen, wie es ist. Der Bedarf ist da für eine Unterkellerung, da gibt es keine Diskussion. Ob die drei Jahreszeiten massgeblich sind oder nicht, es gibt auch andere Sachen, die man bei einem Kindergarten in den Keller stellen könnte.

Armin Bieri, SP-Fraktion: Ich habe ein bisschen Mühe mit der Argumentation für die Unterkellerung. Gestern haben wir gejamert, dass wir kein Geld haben, und hier spielt eine halbe Million keine Rolle. Das Argument von Andreas Bammatter finde ich sehr stichhaltig. Wenn das Projekt da ist, dann bin ich durchaus dabei. Zum Beispiel beim Kindergarten Pestalozzi, der als nächster Kindergarten kommt. Wenn man es dort richtig aufgleist, dann kann man dort einen Keller machen. Aber einfach einen Keller auf Vorrat zu machen, das liegt privatwirtschaftlich nicht drin. Aber bei der Gemeinde kann man auf Vorrat bauen. Vor vier Jahren habe ich eine Unterkellerung des Feuerwehrmagazins vorgeschlagen. Dies wurde von bürgerlicher Seite in grossem Bogen abgelehnt, wir brauchen das nicht und die Million können wir uns sparen. Jetzt vier Jahre später ist plötzlich alles anders. Man will das auf Vorrat und die Abstimmung ist kein Problem, das Geld ist ja da. Ich staune über die Kehrtwende, die man machen kann.

Christoph Morat, Gemeinderat: Um den Dampf ein bisschen aus dem Kessel zu nehmen, könnte ich ein paar Fragen beantworten, welche wir momentan noch sachlich diskutieren können. Die Bauleitung, welche in der Vorlage beschrieben ist, ist nicht ganz richtig. Es handelt sich um eine Bauherrenvertretung. Dem Totalunternehmer muss man auch auf die Finger schauen. Dies übernimmt ein Mitarbeiter der Abteilung Hochbau und Raumplanung wahr. Die Teuerung würde ich drin lassen. Wir nehmen es heute an, dass die Teuerung nicht kommt. Aber wir wissen es tatsächlich nicht. Wir möchten nicht, wegen ein paar Kröten, welche die Teuerung ausmacht, mit einem Nachtragskredit hierhin kommen. Es ist seit Jahren, also seit ich in der Politik bin, üblich, dass man die Teuerung ausweist. Auch die war in anderen Jahren nahezu 0. Es kommt bei der Teuerung auf den Vertragsabschluss an. Der Vertragsabschluss ist Verwaltungssache. Dort kommt es darauf an, ob man global oder pauschal abschliesst. Je nach dem ist dies matchentscheidend, ob die Teuerung bezahlt wird oder nicht geschuldet ist.

Selbstverständlich muss der Projektbeschrieb noch verfeinert werden. Was wir Ihnen heute Abend zeigen, ist die Flughöhe für einen strategischen Entscheid. Wir werden, wie bei allen Bauprojekten, eine Baukommission einsetzen, wo Nutzerinnen und Nutzer sowie Fachleute aus der Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung drin sind. Mit ihnen werden wir die Materialisierung, Detailentscheide usw. anschauen. Wir werden selbstverständlich dort immer die Güterabwägung, welche wir gestern Abend mehrfach gehört haben, treffen, ob wir etwas machen oder ob wir es uns nicht leisten können.

Zu den Grünflächen möchte ich noch etwas sagen. Das Areal Sturzenegger ist seit rund 20 Jahren für alles Mögliche vorgesehen. Jetzt haben wir ein sinnvolles Projekt, welches einen relativ kleinen Teil der grossen Grünfläche wegnimmt. Es ist ein wichtiges Bedürfnis von Allschwil, dass wir den Tageskindergarten bauen. Wir haben auch geschaut, welche anderen Landteile in Frage kämen, und wir sind auf nichts besseres gekommen. Es gab noch die Idee, beim Dürrenmattpark den Tageskindergarten zu erstellen. Das wäre wahrscheinlich die schlechtere Lösung gewesen. Wir sind beim Sturzenegger-Areal gelandet und meinen, es sei dort am richtigen Ort.

Nun zum Keller. Der Einwohnerrat hat zweimal eine Motion abgelehnt. Das ist noch nicht lange her, das war im Juni 2012. In leicht abgeänderter Version hat der Einwohnerrat zweimal eine Motion über die Unterkellerung abgelehnt. Seit damals hat sich nichts geändert an der Haltung des Gemeinderates, es hat sich nichts geändert an der Ausgangslage und es hat sich nichts geändert am Bedarf. Es ist löblich, wenn Roland Naef mit den Nutzerinnen und Nutzern Kontakt aufnimmt, aber wir haben mit den Chefinnen von diesen Nutzerinnen und Nutzern geredet. Für diese ist ganz klar, und das ist eine Führungsaufgabe, welche von der Schulleitung zu erfolgen ist, wenn man einen Angestellten in irgendeinem Geschäft fragt, was er braucht, dann wird er logischerweise mehr angeben als sein Chef. Ich bitte dringend darum, bei diesem Postulat zu bleiben und den Sachantrag abzulehnen. Wir hatten diesen Antrag schon zweimal hier drin. Es wäre komisch, wenn wir heute Abend, ohne dass sich die Grundbedingungen geändert haben, plötzlich dem gleichen Antrag stattgeben würden.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich gehöre auch zu denen, die fanden, dass man Abklärungen zur Unterkellerung machen soll. Allerdings bin ich nicht davon ausgegangen, dass sich nachher Menschen im Keller aufhalten, sondern dass er als Lagerraum genutzt wird. Darum bin ich nicht viel weiter in meiner Meinungsbildung mit diesen Zahlen, die wir jetzt haben, weil es hier um einen grösseren Ausbaustandard geht. Ich weiss nicht, wie gross die Fläche der Lagerräume im jetzigen Tageskindergarten sind, um abzuschätzen, ob sie am neuen Standort mehr Platz haben, gleich viel oder weniger.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Ich möchte Gemeinderat Morat recht geben mit seiner Meinung, dass die Unterkellerung nicht nötig ist. Wenn man den Projektbeschrieb anschaut, dann sieht man, dass bereits jetzt sieben Materialräume vorgesehen sind auf insgesamt 60 Quadratmetern. Das dünkt mich als Laien plausibel. Ich habe den Verdacht, dass es nur nice-to-have ist, hier einen Keller zu machen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich war bei der Abstimmung damals nicht dabei. Ich war in einer Weiterbildung Mediation, ich mache aber heute Abend keine Mediation. Es wurde gesagt, dass das Sturzenegger-Areal reserviert sei für alles Mögliche. Man hat es gekauft für ein neues Realschulhaus. Wir machen jetzt ein anderes Schulhaus an einem anderen Ort. Dafür war es einmal reserviert, man hat sogar die Gärtnerei vor 25 Jahren dort hinausgeworfen wegen Eigenbedarf. Sogar ein Asylantenheim war dort einmal geplant. Vorhin wurde kurz die Feuerwehr angesprochen bezüglich des Kellers. Ich kenne ein paar Leute von der Feuerwehr, welche mir gesagt haben, dass sie froh wären, wenn sie mehr Keller hätten. Die Verwaltung war ein Stock höher, als man sie geplant hat. Man hat sie nicht bis nach oben gezogen. Es sind alle Leitungen oben. Gestern hat Gemeindepräsident Toni Lauber gesagt, dass man überlegt, dort eventuell die Gemeindeverwaltung einen Stock höher zu ziehen. Man hat zu wenig Raum. Kein Mensch würde ein Haus bauen ohne Keller. Wer ein Haus hat, der weiss, dass es schnell voll ist. Ich habe keine Cheffunktion in der Schule, ich bin nur Nutzer und kein Vorgesetzter. Ich habe als Nutzer 33 Jahre Fasnacht gemacht, ich habe einen ganzen Keller im Bettenacker voller Fasnachtsmaterial. Laternengestell, Wägeli, Gipsformen etc. Ich habe es dem Chef einmal gemeldet für das neue Schulhaus. Wir möchten ja Schulfasnacht machen. Stellen Sie sich vor, 28 Klassen machen Fasnacht. Ich weiss nicht, ob das neue Schulhaus pro Schulklasse einen Raum hat, um diese Sachen zu versorgen. Man könnte dies vielleicht in so einem Raum während des Jahres deponieren. Es ist schnell alles voll. Nicht nur die vier Jahreszeiten, aber wir haben Aussengeräte, welche im Winter versorgt werden müssen. Es ist viel Material da. Klar kann der Chef etwas anderes sagen. Die Nutzniesser sind vorne, und man darf den Nutzniessern auch etwas glauben. Die Gemeinde muss aufstocken, zum Beispiel auch so. Wir haben damals zu wenig geplant. Ich denke, es wäre hier sinnvoll.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Wenn man den gesamten Raum unter dem Tageskindergarten nutzen möchte, dann würde das nicht zu 100% für den Kindergarten gebraucht. Aber wie das Jean-Jacques Winter eben gesagt hat, es gibt viele Sachen, die sich in den Schulen oder den Kindergärten ansammeln und die gelagert werden müssen. Ich gehe mit meinem Schwager nicht einig, dass es dies scheinbar nicht braucht. Ich habe mittlerweile auch über 20 Jahre Kindergartenerfahrung und bin seit der ersten Minute des Tageskindergartens involviert und dabei. Ich weiss, was da alles herumsteht und gebraucht

wird. Wenn man jetzt eine Hütte dahin stellt mit Streifenfundament, und man hätte die Möglichkeit darunter Raum zu schaffen, dann finde ich das – Verbrechen darf man nicht sagen – aber ähnlich. Es macht Sinn, dort Raum zu schaffen, welchen man für Lagermöglichkeiten brauchen kann. Auch die Laternen von Jean-Jacques Winter sind nach dem Abbruch des Bettenacker nicht mehr dort. Im neuen Schulhaus haben sie auch nicht Platz. Es ist klar, dass die Chefs vielleicht gesagt haben, dass sie das nicht brauchen. Aber wenn mir 21 Kindergartenlehrkräfte eine positive Antwort geben, dann können die Nutzer, die dort Schule geben, dies beurteilen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Viel mehr Sorge als die Unterkellerung macht mir das Raumangebot für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das ist kein Kindergarten, sondern ein Tageskindergarten. Das braucht mehr Mitarbeitende. Es hat dort Logopädinnen, Psychomotorik Therapeuten, Heilpädagogen, Kindergärtnerinnen und wir haben Harnos. Das braucht nochmals mehr Personal. Ich weiss nicht, wie sie mit den Räumen umgehen, das muss gut eingeteilt werden. Ich habe das Gefühl, dass dieses Problem sehr rasch auf uns zukommt, dass der Raum zu knapp ist. Das möchte ich einfach in den Raum stellen. Ich weiss, dass ich viel zu spät bin damit. Es ist ein Fehler von mir, dass ich mich nicht früher eingehend damit beschäftigt habe. Das Raumproblem ist für mich viel grösser als die Frage nach der Unterkellerung.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Bruno, du hast genau das gesagt, was ich sagen wollte. Es geht nicht um einen normalen Kindergarten. Wir haben bis jetzt immer über die Unterkellerung eines normalen Kindergartens abgestimmt. Jetzt geht es aber um einen Tageskindergarten. Wenn man jetzt bereits sagt, dass man auf andere Räume ausweichen muss, dann weiss ich nicht, wie das gehen soll. Bei einem Tageskindergarten sind die Räume den ganzen Tag besetzt. Ich finde es einen Luxus, wenn man im Haus im Erdgeschoss und im Obergeschoss Materialräume hat. Man kann das umgekehrt machen und die Materialräume in den Keller tun. Ich bezweifle, dass der Keller wirklich so teuer wird. Ich bin jetzt ein bisschen ketzerisch, aber beim Gesamtpreis des Kindergartens macht dieser Keller nicht mehr wahnsinnig viel aus.

Christoph Benz, EVP/Grüne-Fraktion: Ich danke dem Rat, dass er meinen Antrag umgesetzt hat. Wir diskutieren nämlich, ohne dass wir abgestimmt haben. Ich danke Bruno für seine Voten. Es ist genau das, was ich kenne aus Basel mit Deutsch als Zweitsprache, Förderunterricht. Es ist ein Tageskindergarten mit 40 Kindern. Im Bericht wird auch von Schulferienpräsenz gesprochen. Das ist eine grössere Dichte als in einem normalen Kindergarten. Es wurde gesagt, dass ihr euch für den Pestalozzi-Kindergarten eine Unterkellerung überlegt. Auch dort wird man prüfen müssen, ob das notwendig ist. Das ist ein normaler Kindergarten, wo man sich das überlegt. Umso mehr muss man dies bei einem Tageskindergarten mit der viel höheren Dichte überlegen. Die Grünfläche für einen Kindergarten einzusetzen ist eine gute Sache, da sehe ich kein Problem. Der Preis wurde veranschlagt mit plus/minus 20%. Sagen wir rund 10% - 15% mehr als das jetzige Projekt würde die Unterkellerung zusätzlich kosten. Wenn jemand von uns ein Haus bauen möchte und der Architekt sagt, dass er den Platz um 50% erhöhen kann, wenn wir 10% oder 15% mehr investieren, da würden wir alle nachdenken und sagen, dass es gut tönt. Bei einem Auto würde es uns gleich ergehen und wir würden es wahrscheinlich wollen. Es ist nicht nur, dass wir es wollen, sondern ich habe den Eindruck, dass wir den Platz brauchen werden. Es ist nicht einfach nice-to-have. In ein paar Jahren stehen wir da und brauchen den Platz, und dann kann man das Haus nicht mehr unterkellern. Das ist meine persönliche Auffassung, zu der ich stehe.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe vorhin einen Satz vergessen zu den Kosten. Klar haben wir Kosten, aber nie so günstig wie jetzt.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Als ehemaliger Motionär, der dies ins Rollen gebracht hat, muss ich mich noch melden. Es wurde schon viel gesagt, Jean-Jacques Winter hat bereits das gesagt, was ich sagen wollte. Wir reden davon, wie viel es kostet oder nicht. Wir sind in einer Zwickmühle. Gestern wurde mehrmals gesagt, dass man immer überlegen muss, wie viel es kostet und welchen Nutzen man hat. Ich habe nun von den 21 Bedürfnissen gehört. Wenn man natürlich die Chefs fragt, dann kommt mir das vor, wie wenn man den General fragt, ob der Soldat neue Schuhe braucht. Dem Chef ist das total egal, aber der Soldat muss laufen können und die Kindergärtnerin muss schlussendlich vor Ort mit dem Platz auskommen. Wegen der Weitsicht oder Nachhaltigkeit. Es stimmt, das kostet Geld und wir haben in Zukunft weniger Geld, das wurde gestern lange und gut erklärt. Das stimmt auch mich nachdenklich. Wenn wir jetzt den Keller nicht machen, dann können wir den Keller dort nie mehr machen. Die Kosten

des Kellers, wie viele Franken auch immer, plus/minus 20%, das überlasse ich allen, die mit Zahlen jonglieren, das kommentiere ich nicht. Ein Keller morgen oder übermorgen kommt garantiert teurer. Ein Haus ohne Keller ist Platzverschwendung und in der Schweiz nicht opportun. Das kennen wir hier nicht, das gibt es in anderen Ländern. Das Platzproblem wird sich garantiert so entwickeln, wie es bereits gesagt wurde. Wo Platz ist, da kann man auch etwas verstauen. Das stimmt, dann sammelt man mehr, aber wir sind Jäger und Sammler. Am Schluss wird reklamiert, weil kein Platz da ist. Es gibt Bedarf, davon bin ich überzeugt.

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Lassen Sie mich eine Klammer öffnen betreffend einer Aussage von Jean-Jacques Winter in seinem ersten Votum. Er hat sich dort geäußert, dass die Feuerwehrleute sich einen Keller gewünscht hätten. Das neue Feuerwehrmagazin ist bezogen, das alte Magazin ist abgerissen. Es liegt kein Material aussen herum, welches wir nicht versorgen können. Sie wurden alle eingeladen, das Feuerwehrmagazin zu besichtigen. Sie konnten feststellen, dass Material nicht in der Mitte auf einem Haufen lagert, sondern es ist alles versorgt. Wir haben auch keine vier Jahreszeiten, welche wir feiern bei der Feuerwehr. Ich kann Ihnen versichern, dass das Feuerwehrmagazin funktionell ist. Aus Sicht meines Departements wie auch aus der Sicht des Feuerwehrkommandos ist alles so verstaut, wie es sein soll. Selbstverständlich, wenn man der Feuerwehr einen Keller gegeben hätte, hätten sie diesen dankbar angenommen. Auch die Feuerwehrleute sind Jäger und Sammler und behalten alte Gerätschaften. Sie erfreuen sich daran als Museumsstücke. Das Material, welches wir sofort einsatzbereit haben möchten, das wollen wir nicht aus dem Keller hochtragen. Das ist ebenerdig gelagert und griffbereit. Wenn man damals das Kommando hätte aussuchen lassen, dann hätten sie gerne einen Keller angenommen. Damals in der Diskussion war dies die Trennung zwischen must-to-have und nice-to-have. Genau dort war die Abtrennung. Die Frage der Finanzierung kam dann auch. Da wir ständig schwarze Zahlen schreiben und in den nächsten Jahren eine tolle Finanzlage haben werden, wollte man die nice-to-have-Option sofort haben. Eben nicht. Es war völlig logisch, dass man sich auf must-to-have beschränkt hat. Die Feuerwehr ist bestens aufgehoben in der jetzigen Situation. Der Keller war nicht notwendig.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich möchte nochmals etwas zu den Lagerräumen sagen. Wie Sie dem Plan, der hinten angehängt ist, entnehmen können, ist ein Aussen-Lagerraum für Gartenspielgeräte bereits eingeplant. Das ist kein Problem, sodass man dies in einem Keller verstauen müsste. Es ist bei dem Tageskindergarten wichtig, wurde erwähnt, dass man die Bedürfnisse abdeckt. Die Bedürfnisse sind erkannt. Auch wir und auch das BEK haben aus den vergangenen Jahren gelernt, was wir brauchen. Aus diesem Grund kommen wir mit der Idee eines Doppel-Tageskindergartens. Aber wir haben mit den Leuten die Bedürfnisse sauber abgeklärt und die haben gesagt, dass dies die Räumlichkeiten sind, die sie benötigen für zusätzliche Schulformen, für Kleingruppen etc. Das alles können sie darin abbilden. Ich möchte hier ein bisschen um das Vertrauen für die Personen werben, die ziemlich genau wissen, von was sie reden. Das sind die, die tagtäglich im Tageskindergarten sind und die wichtigen Entscheidungen treffen müssen, wie ein Tageskindergarten ausgestattet sein muss und mit welchem Raumangebot. Wir brauchen keinen Keller für dieses Gebäude. Der Raum, den man nicht braucht, ist der teuerste. Auf Vorrat möchte die Gemeinde Allschwil bei dieser Finanzlage nicht eine halbe Million oder CHF 400'000 ausgeben. Wir möchten uns nicht auf das Auge binden lassen, dass wir hier nicht schlank unterwegs sind. Ich möchte noch auf einen anderen finanziellen Aspekt hinweisen. Das Ganze wird nicht hier heute Abend beschlossen. Das Ganze ist über CHF 3'000'000, und somit landet es sowieso in einer Volksabstimmung. Die Volksabstimmung findet am 3. März statt. Bis dahin müssen wir das Argumentarium haben, weshalb wir diesen Tageskindergarten als Definitivum führen mit den Baukosten. Dies alles entscheidet schlussendlich das Volk. Ich möchte Sie fragen, wie Sie dem Volk klarmachen möchten, dass es über CHF 4'000'000 für einen Lagerraum braucht, in dem ein bisschen Fasnachtsmaterial von vergangenen Klassen untergestellt wird. Wie möchten Sie das in einer grossen breiten Masse bekannt machen, dass es dafür CHF 4'000'000 braucht mit der heutigen Finanzlage? Der Gemeinderat hält strikt daran fest und es ist aus unserer Sicht nicht ganz verständlich, weshalb man jetzt mit einem Sachantrag zwei abgelehnte Motionen ausser Kraft setzen möchte.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich komme mir vor wie im St. Jakobstadion. Es hat lauter Expertinnen und Experten hier und der Trainer ist nicht vorhanden, der die Mannschaft aufstellt. Der Gemeinderat hat es gesagt, wir haben qualifizierte Leute, welche diese Abklärungen gemacht haben, zuhanden des Gemeinderates einen Bericht gemacht haben und ich stelle fest, dass wir alles besser wissen. Wir können jegliche Details auskunft geben, sei es oberhalb oder unterhalb der Gürtellinie. So geht das nicht.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Jetzt muss ich zuerst zu Herrn Morat etwas sagen. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann haben Sie gesagt, dass man dem Volk kein Gebäude verkaufen kann für CHF 4'000'000, wo man Material lagert. Das haben Sie so jetzt gesagt. Ich nehme an, dass es so in das Protokoll kommt. So können wir es natürlich dem Volk nicht verkaufen. Wenn Sie so argumentieren, dann müssen wir gar nicht vor das Volk gehen. Aber ich wollte eigentlich etwas zu den Voten sagen, wo gesagt wurde, dass wir Raum auf Vorrat schaffen. Andreas Bammatter, Armin Bieri, nimmt es nicht persönlich, aber hier habt ihr wirklich nicht recht. Wir haben Gegenstände, das habe ich im Juli letztes Jahr gesagt, und Sammlungen, die irgendwo in einem Keller vermodern. Man kann sagen, dass wir diese Sammlungen nicht wollen. Das wäre eine ehrliche Antwort und dann lässt man es. Aber ich habe noch ein anderes Argument. Ich rede jetzt aus dem Partei-Büchlein. An der letzten Generalversammlung der CVP hat meine Frau als Präsidentin der Musikschule Allschwil gejammert über den Platzmangel, den wir haben. Platzmangel, wo Schüler im weiss nicht wievielten UG im Schulhaus Neu-Allschwil Unterricht nehmen müssen. Ich rede aus dem Schulbuch. Ich frage mich, ob das untergeht oder was mit solchen Aussagen passiert. Ich weiss von meiner Frau, dass diesbezüglich die Musikschule einen Brief an den Gemeinderat geschrieben hat zur Raumnot. Heute Abend geht es bei mir nicht auf. Ich sehe eine Raumnot. Ich kann nicht den Antrag stellen, dass man die Musikschule dort reinnimmt. Aber wir haben Raumnot und ich wäre froh, der Gemeinderat würde solchen Voten nachgehen. Oder ist er dieser Sache nachgegangen? Danke für die Antwort.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es handelt sich hier nicht um das x wievielte UG im Neu-Allschwilschulhaus, sondern es ist das alte Neuallschwil Schulhaus Baslerstrasse, wo die Jugendmusikschule untergebracht wurde. Dort sind im ersten UG die Perkussions- und Schlagzeugräume. Die sind aufgenommen als Raumangebot im neuen Schulhaus. Dort wird es drei oder mindestens zwei neue Schlagzeugräume geben, damit man dort das Bedürfnis besser abbilden kann. Wir wissen, dass dies eine besonders beliebte Fachrichtung der Musikschule ist. Beim Rest ist der Gemeinderat im Moment daran, mit den Schulleitungen Lösungen zu finden, damit es für die Jugendmusikschule ein Platzangebot gibt. Aber dies hat nichts zu tun mit dem Geschäft von heute. Es ist ein Platzangebot, welches man jetzt aus unserer Sicht nicht schaffen muss. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass wir 100% abgeklärt haben, dass wir dort keine weiteren Räumlichkeiten benötigen.

Rolf Adam, Präsident: Ich möchte formell etwas ergänzen. Den Sachantrag von Christoph Benz müssten wir noch genehmigen, weil wir das vorhin nicht gemacht.

://:

Dem wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Es haben verschiedene bereits zweimal votiert, darum werde ich sie nicht mehr aufrufen. Ich sage es, dass sie zum dritten Mal dran wären, und das geht nicht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich möchte mich den Rednern anschliessen, Jean-Jacques Winter, Philip Hofmann und Roland Naef. Armin Bieri möchte ich sagen bezüglich der Privatwirtschaft, dass in der Privatwirtschaft niemand ein Gebäude für CHF 3'700'000 bauen würde und den Keller vergisst. Ich möchte Christoph Benz danken für den tollen Vorstoss. Ich glaube, wir haben jetzt lange hin und her diskutiert. Damit wir nicht noch länger diskutieren, die Meinungen sind gemacht und die Mehrheit möchte diesen Keller, stelle ich nun den Antrag, dass wir direkt zur Abstimmung kommen, ob der Tageskindergarten einen Keller haben soll oder nicht. Ich stelle den Antrag auf Abbruch der Diskussion.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich habe meine Meinung noch nicht geändert, ein Haus braucht einen Keller. Das müssen wir einsehen, wir müssen in der Schweiz je länger je mehr um jeden Quadratmeter froh sein.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Mir ist gestern und heute etwas aufgefallen: Liebe Gemeinderäte, ich erwarte eine anständige und sachliche Diskussion. Ihr seid hier als Auskunftsperson. Gestern hat man mir schnudrig eine Antwort gegeben: Wenn du halt die Stellenprozente nicht weiss usw. Ich kann das nicht wissen, wenn das nicht hier drin steht, ich kann das nicht riechen. Man hätte anständig sagen

können, um was es geht und im gesamten sind es so und so viele Stellenprozente. Alles andere ist nicht akzeptabel, auch das vorhin nicht von Herrn Morat. Solche Äusserungen gehören sich einfach nicht.

Barbara Selinger, EVP/Grüne-Fraktion: Zu den CHF 4'000'000 für Lagerräume. Es sind CHF 3'759'000 für den Kindergarten und dann noch CHF 400'000 mehr, also rund CHF 4'100'000 inklusive Keller. Dies zum Thema Abstimmung CHF 4'000'000 für Lagerräume.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Herrn Morat ist bei dieser ganzen Diskussion meine Frage untergegangen, nämlich wie gross die Fläche der Lagerräume im heutigen Doppelkindergarten ist. Ich habe noch eine zusätzliche Frage, ob man den Keller nicht auch mit einem einfachen Ausbaustandard machen kann, sodass es ein Lagerkeller ist und kein Keller, wo sich Leute aufhalten. Falls es einen Keller unter dem Kindergarten gibt, dann sollte dies für mich ein Keller für alle Kindergärten sein. Bei allen gemeindeeigenen Kindergärten können wir uns keinen Keller leisten.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen ab über den Antrag von Florian Spiegel über Diskussionsabbruch.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Die Frage nach den aktuellen Lagerräumen im jetzigen Tageskindergarten kann ich auf Anhieb nicht beantworten. Es sind wenige Kästen dort untergebracht und es hat im Untergeschoss einen Raum in der geschätzten Grosse von 6 – 8 Quadratmetern.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über diesen Sachantrag.

://:

Sie haben dem Antrag mit 23 Ja-, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Mir ist nicht ganz klar, was jetzt der Auftrag ist in diesem Keller. Es muss ein klarer Auftrag sein. Ich habe vorhin hier das Votum gehört, dass man Lagerräume möchte. Wir haben Ihnen die Kosten präsentiert von einem ausgebauten Raum, der benutzbar ist. Ich habe von Kathrin Gürtler gehört, dass es höchstens um Lagerräume geht. Da müssen wir klar wissen, von was wir reden. Insofern ist das ein sehr unklarer Auftrag, den die Verwaltung und der Gemeinderat hier gefasst haben. Ich bitte darum, präzise zu sein in der Formulierung. Es geht immerhin um CHF 400'000. Ich möchte mich entschuldigen für das Votum vorhin, wo ich gesagt habe, es seien CHF 4'000'000 für Lagerräume. Ich finde es einfach komisch, dass man zwei Motionen mit einem Sachantrag ausser Gefecht setzt, wenn die Ausgangslage nicht anders ist. Ich möchte jetzt schon wissen, was genau mein Auftrag ist und was ich in diese Vorlage schreiben muss. Ich bitte um eine Abstimmung, ob es ein ausgebauter Keller ist oder ein Lagerraum. Was soll dort unten dem Volk vorgeschlagen werden und in welchem Standard.

Rolf Adam, Präsident: Wir reden bei den Anträgen des Gemeinderates klar von einer Unterkellerung. Es ist nichts mit Lagerräumen dokumentiert. Es geht um CHF 473'500.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist ein ausgebauter Standard, wo Menschen sich aufhalten können. Das hat nichts mit einem Lagerraum zu tun, sondern das ist ein Raum, der benutzbar ist und wo ich keinen Nutzen sehe. Ich habe vorhin immer nur etwas von Lagerräumen gehört. Das ist für mich nicht klar.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

1. Ausgangslage

2. Projektbeschrieb

2.1 Raumprogramm

2.2 Baubeschrieb

3. Finanzielles

4. Projektverlauf / Termine

5. Beantwortung des Postulats, Geschäft Nr. 4079

6. Anträge

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Wenn hier Unklarheit herrscht, um welchen Keller es geht, dann können wir auch nicht über diese Anträge abstimmen. Ich meine, dass wir jetzt Pause machen sollten und dann können wir hier beschliessen, was wir wollen. Wir können uns gegenseitig absprechen und danach sagen, ob wir einen Keller möchten, wo man drin wohnen kann, oder ob wir einen Keller möchten, um die Fasnachts-Laternen zu lagern.

Rolf Adam, Präsident: Ich werde kurz die Anträge vorlesen, wie es jetzt wäre. Wenn das okay ist, dann stimmen wir ab, ansonsten diskutieren wir nach der Pause nochmals.

Gestützt auf die Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

6.1 Für den Bau eines Doppel-Tageskindergartens „Spitzwald“ an der Spitzwaldstrasse wird ein a) Ausführungskredit von CHF 3'759'000 inkl. MWST bewilligt und b) ein Ausführungskredit für die Unterkellerung von CHF 473'500 inkl. MWST bewilligt.

6.2 Von der Kostengenauigkeit von a) plus/minus 5% bzw. b) von plus/minus 20% wird zur Kenntnis genommen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte einen zusätzlichen Antrag stellen, dass wir darüber abstimmen, ob ein einfacher Ausbaustandard genügt, im Hinblick darauf, dass der Keller als Lagerraum benutzt wird und sich dort keine Personen aufhalten.

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist das, was ich gerne hätte. Es wäre ein klarer Auftrag, wenn man dies so formulieren könnte.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Kathrin Gürtler ab.

://:

Diesem Antrag wird mit 24 Ja-, 6 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Ich frage den Gemeinderat an, ob dies budgetiert werden kann?

Christoph Morat, Gemeinderat: Wir haben die Zahlen in der Verwaltung ausrechnen lassen. Es ist bedeutend weniger, ich kann nach der Pause sagen, wie hoch das sein wird.

PAUSE

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat folgendes:

- 6.1 Für den Bau eines Doppel-Tageskindergartens "Spitzwald" an der Spitzwaldstrasse wird a) ein Ausführungskredit von CHF 3'759'000 inkl. 8% MWST bewilligt und b) ein Ausführungskredit für eine nicht ausgebaute Unterkellerung von CHF 393'500 inkl. 8% MWST bewilligt.

://:

Diesem Antrag wird mit 25 Ja-, 4 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen zugestimmt.

- 6.2 Von der Kostengenauigkeit von a) plus/minus 5% bzw. b) von plus/minus 20% wird Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt

- 6.3 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2012 = 126.5 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Ich stelle den Antrag, dass man die Teuerung streicht und dass der Gemeinderat beauftragt wird, den TU-Auftrag so auszuhandeln inklusive Teuerung pauschal.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich glaube, das ist eine Verwaltungssache. Ich bitte darum, dass man diesem Antrag nicht statt gibt. Es ist nicht gesagt, dass man mit einem Unternehmer ohne die Teuerung einen nutzenbringenden Vertrag abschliessen kann. Das wäre ein zu einseitiges Risiko für die Gemeinde Allschwil, wenn wir hier nochmals kommen und nachträglich eine Teuerung verlangen müssen. Ich bitte Sie dringend, uns diesen Handlungsspielraum zu lassen. Sie sprechen kein Geld, sondern nur die Sicherheit für die Verwaltung, dass man dies in einem Vertrag sauber abbilden kann. Das ist so üblich und war hier immer so, dass wir bei den Baukosten die Teuerung bewilligt haben.

Rahel Balsiger, FDP-Fraktion: Da mich das Thema nach unserer letzten Fraktionssitzung beschäftigt hat, bin ich auf eigene Abklärungstour gegangen. Der Vorschlag von Roland Naef ist möglich, man kann das so verhandeln. Das wird teilweise heute gemacht, das hat nichts mit alt oder neu zu tun, sondern wie man Verträge verhandelt. Ich bin keine Expertin, aber habe nach Vor- und Nachteilen gefragt. Ich habe herausgefunden, wenn man einen Pauschalpreis inklusive Teuerung abmacht, dann könnte dies heissen, dass der Anbieter die Teuerung im Versteckten einberechnet und dann die Qualität eventuell darunter leiden könnte. Es ist nicht so, dass dies veraltet, komisch oder unbekannt ist, sondern es wird praktiziert. Aber es könnte auf die Qualität schlagen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es geht genau um diese Vertragsaushandlungen. Diese Vertragsaushandlungen sind definitiv Sache der Verwaltung. Wichtig bei diesem Antrag 6.3 ist das zweite Wort "allfällig". Allfällig heisst, dass es nur zur Geltung kommt, wenn die Teuerung tatsächlich zustande kommt. Ich fände es komisch, wenn wir heute hellseherische Fähigkeiten ausweisen und sagen, es gibt keine Teuerung bis dann, und wenn, dann müsst ihr sie vertraglich wegbedingen. Das ist möglich bei Pauschalverträgen, das ist richtig. Aber bei einem Globalvertrag ist es nicht möglich. Diese Unterschiede kennen wir. Es muss klar getrennt werden zwischen den Aufträgen, welche der Einwohnerrat erteilt und zwischen den Vertragsverhandlungen. Das Wort allfällig ist wirklich wichtig, wir spielen nicht mit diesem Geld.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich rede nicht als Einwohnerrätin, sondern als Mitglied der VPK. Wir haben an der Sitzung, als wir dieses Geschäft besprochen haben, über die Teuerung gesprochen. Wir haben gesehen, dass sie von 2011 auf 2012 um einen Punkt zugenommen hat. Es ist realistisch, dass es eine Teuerung geben könnte. Wir gehen davon aus, dass die Offerten so berechnet wurden von dem Totalunternehmer, dass es eine solche Klausel drin haben wird.

Roland Naef, FDP-Fraktion: Mir ist auch klar, was der Unterschied zwischen pauschal und global ist. Ich habe vor ein paar Monaten einen Pauschalvertrag gemacht, einen TU-Vertrag, pauschal CHF

16'800'000. Jeder General- und Totalunternehmer, wenn er den Auftrag will, steigt auf das ein. Bei der öffentlichen Hand reisst es ein, dass die Teuerung immer eine versteckte Reserve ist. Die Teuerung kann man immer irgendwie beiziehen, um den Preis höher abzurechnen. Die Gemeinde muss schauen, dass man einen Pauschalvertrag macht, CHF 3'700'000. Die Eingaben haben stattgefunden und das kann man bei jedem Vertrag aushandeln. Klar ist es am Schluss eine Verwaltungssache. Aber wir können hier sagen, dass wir zukünftig keine Teuerung mehr möchten, vor allem in einer Zeit, wo die Bauteuerung rückläufig ist. Wenn ein Totalunternehmer geschickt ist, dann macht er die Teuerung bei jeder Abschlagszahlung, dann gibt es ein auf und ein ab. Am Schluss gibt es dann trotzdem eine Teuerung. Darum sollten wir das pauschal machen.

Rolf Adam, Präsident: Ich möchte erwähnen, dass dies eher eine Diskussion für die Kommission ist.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage. Wenn in einer Vorlage dies steht, dann darf der Einwohnerrat darüber beschliessen, ob dies drin bleibt oder nicht, und nicht die Verwaltung. Wir geben den Auftrag an die Verwaltung, dass sie es so machen, wie wir es beschossen haben. Das ist meine Ansicht, vielleicht verstehe ich Herrn Morat falsch. Ich bin der Meinung, dass es so läuft, ansonsten lasse ich mich gerne eines Besseren belehren.

Rolf Adam, Präsident: Herr Zimmermann, wir hatten eine Detailberatung.

Christoph Morat, Gemeinderat: Es ist richtig, dass der Einwohnerrat selbstverständlich den Anträge des Gemeinderates zustimmen oder ablehnen kann. Der Gemeinderat gibt eine Vorlage, welche für uns wichtig ist, in die VPK. In der VPK wird das, Kathrin Gürtler war an dieser Sitzung Vorsitzende, genau geprüft und angeschaut. Man hat festgestellt, dass es innerhalb eines Jahres um 1 Punkt gestiegen ist. Wir möchten, dass das Risiko aus den Verhandlungen draussen ist. Ich bin nicht sicher, ob die Submission wiederholt werden muss. Wir haben die Submission bereits durchgeführt, wir haben bereits ein genaues Angebot, sonst könnten wir Ihnen heute Abend nicht plus/minus 5% präsentieren. Ich möchte aus verschiedenen Risiko-Gründen davor warnen. Es ist nur möglich, wenn der Zürcher Baukostenindex tatsächlich hinaufgeht, nur dann kann das Geld tatsächlich geltend gemacht werden. Wir können nicht einfach, wie es vorhin dargestellt wurde, das Geld nehmen und sagen, dass wir eine Teuerung hatten. Es sind nicht wir, die diese Teuerung bestimmen, sondern das ist eine unabhängige Instanz. Wir haben uns nach diesem Index zu richten. Und so kann sich auch der Bauunternehmer darauf verlassen. Ich möchte, dass die Gemeinde Allschwil ein verlässlicher Partner ist, wo solche Bestimmungen und Klauseln verhandelt werden können, wie ich es jetzt vertreten habe.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag von Roland Naef ab, dass diese Teuerung rausgenommen wird.

://:

Dieser Antrag wird mit 5 Ja-, 19 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben jetzt beschlossen, dass wir CHF 4'100'000 ausgeben und es kommt vor das Volk. Geben wir das so vor das Volk oder gibt es zwei Abstimmungsvarianten? Das möchte ich hier klären. Wenn denn das Volk nicht will, dann geht das Ganze bachab. Ich möchte gerne hier noch eine Minute darüber diskutieren, das möchte ich geklärt haben. Wir gehen jetzt über CHF 4'100'000. Gibt es eine Zahl oder gibt es zwei Zahlen? Das ist mein Antrag, darüber möchte ich abstimmen.

Anton Lauber, Gemeindepräsident: Ich sehe das Interesse an der Abstimmung. Wir machen uns auch Sorgen, ob wir mit CHF 4'100'000 nicht zu viel von der Stimmbürgerin und dem Stimmbürger verlangen. Aber wir können keine Alternativabstimmungen machen, das sollten wir nicht machen. Wir sollten nach meinem Wissensstand mit den CHF 4'100'000 vors Volk kommen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Gut, ich ziehe den Antrag zurück.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über 6.3 ab.

6.3 Eine allfällige Baukostenteuerung (Index April 2012 = 126.5 Punkte, Basis April 1998 = 100 Punkte) wird genehmigt.

://:

Diesem Antrag wird mit 23 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt.

6.4 Das Postulat Nr. 4079 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt

://:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Verständnisfrage. Es wurde viel ergänzt mit a und b und was weiss ich was. Wie heisst genau der Wortlaut von 6.1 b?

Rolf Adam, Präsident: Okay, ich lese es nochmals vor:

6.1 Für den Bau eines Doppel-Tageskindergartens "Spitzwald" an der Spitzwaldstrasse wird a) ein Ausführungskredit von CHF 3'759'000 inkl. 8% MWST bewilligt und b) ein Ausführungskredit für die nicht ausgebaute Unterkellerung von CHF 393'500 inkl. 8% MWST bewilligt.

6.2 Von der Kostengenauigkeit von a) plus/minus 5% bzw. b) von plus/minus 20% wird Kenntnis genommen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich spreche hier als Silberrücken. Es geht um den Beschluss, der ganz schnell gefasst wurde nach der Pause zu dem nicht ausgebauten Keller. Ein nicht ausgebauter Keller ohne Lüftung, der möglicherweise feucht ist, ist gut für mein Laternengestellt. Kein Stoff, kein Papier und kein Bild kann man dort reinstellen. Ich möchte ein gutes Beispiel erzählen, welches nur Kurt und ich noch wissen. Vor Jahrzehnten hatten wir in Allschwil einen Keller, der war feucht und er hatte keine Lüftung. Da drin waren zwei Skelette und drei Mammutzähne. Wir haben jahrzehntelang darum gekämpft, dass dieser Keller saniert wird beim Museum. Heute haben wir noch ein Skelett und einen Mammutzahn. Das ist schade für unsere Kultur und schade für meine Schüler. Ich war vor zwei Wochen dort. Wenn wir einen Keller ohne Lüftung machen und ohne Wärme und Trockenheit, dann können dort nur Gartenbänke und Laternengestelle stehen, aber sicher nichts, das erhalten bleiben muss. Kurt, du hast vorhin etwas zu den Sammlungen gesagt. Einfach damit dies gesagt ist, da waren wir etwas schnell.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 19.09.2012, sowie Bericht der Kommission für Gemeindeordnung und -reglemente, vom 30.10.2012, betreffend Teilrevision Wasserreglement und Abwasserreglement, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4097 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Sie kennen dieses Geschäft. Wir haben eine gute Teilrevision vorgelegt, unbestritten von der VPK. Ich bitte Sie in der zweiten Lesung, dieser Vorlage zuzustimmen.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur Detailberatung.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

Teilrevision Wasserreglement

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 39bis Grundstücke mit Baurecht

II. Anschlussbeiträge

§ 42 Grundsätze

§ 49 Rechtsschutz

Teilrevision Abwasserreglement;

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 21bis Grundstücke mit Baurecht

II. Anschlussbeiträge

§ 24 Grundsätze

§ 32 Rechtsschutz

Rolf Adam: Wir kommen zur Abstimmung. Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat folgendes zu beschliessen:

1. Der Teilrevision der Wasserreglemente der Einwohnergemeinde Allschwil vom 29 November 2006 wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

2. Die teilrevidierende Bestimmung des Wasserreglements werden vorbehältlich der Genehmigung durch den Regierungsrat auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Der Teilrevision des Abwasserreglements der Einwohnergemeinde Allschwil vom 29. November 2006 wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

4. Die teilrevidierte Bestimmungen der Abwasserreglemente werden vorbehältlich der Genehmigung durch den Regierungsrat auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

5. Der Bau- und Umweltschutzdirektion Basel-Landschaft wird die Genehmigung des teilrevidierten Wasserreglements und teilrevidierten Abwasserreglement beantragt.

://: Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://: Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 21.11.2012, betreffend
Nachtragskredit für vormundschaftliche Massnahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4102

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Die universitären psychiatrischen Kliniken Basel sind mein Arbeitgeber. Sämtliche administrativen finanzrelevanten Sachen, welche Patientinnen und Patienten betreffen laufen durch meinen Verantwortungsbereich. Ich habe hier die Situation, dass mein Arbeitgeber, wo ich eine Kaderstelle bekleide, einen Forderung hat gegenüber der Gemeinde, in der ich wohne und Steuern zahle und Einwohnerrat bin. Weil ich nicht zwei Hüte gleichzeitig tragen kann, werde ich hier in den Ausstand treten und die Debatte vom Zuschauerraum aus verfolgen.

Rolf Adam, Präsident: Mir liegen zwei Anträge vor, ich lege diese kurz auf.

Arnold Julier, Gemeinderat: Wie Sie der Vorlage entnehmen konnten, ist dies ein sehr komplizierter und schwieriger Fall dieses Jugendlichen. Man muss berücksichtigen, dass wir hier immer das Kindeswohl im Vordergrund hatten. Die ganze Thematik dieser Situation haben wir intensiv bearbeitet an Sitzungen und mit den entsprechenden Stellen und Personen, welche involviert waren. Wenn man dies an die GPK überweist, dann würde die GPK das gleiche machen, was wir bereits intensiv gemacht haben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es für die GPK eine einfache Situation ist, denn es braucht für die Beurteilung des Ganzen viel Hintergrundinformationen. Dann kommt noch dazu, dass wir hier stark dem Datenschutz unterliegen. Das wird für die GPK zeitaufwändig und für die Verwaltung auch. Dazu kommt, dass ab 1.1.2013 eine total neue Organisation in Kraft tritt, wo es Änderungen gibt bei der Gemeinde. Die VB wird per 31.12.2012 aufgehoben. Wenn die GPK die Überprüfung macht, ist dies ohne Wirkung aus meiner Sicht, weil die Organisation nicht mehr da ist. Wenn allenfalls eine Empfehlung der GPK käme, dann könnte man diese gar nicht umsetzen, aufgrund der Organisation per 1.1.2013. Ich wäre froh, wenn der Einwohnerrat diesen Kredit sprechen würde und wir das Geschäft heute erledigen können. Bitte nicht falsch verstehen, wir haben keine Angst davor, aber ich sehe den Sinn nicht. Nachher ist alles anders und diese Situation ist so nicht mehr vorhanden.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich möchte unseren Antrag kurz begründen. Als ich diesen Bericht des Gemeinderates gelesen habe, ist der Eindruck entstanden, dass nicht alles "comme il faut" war und dass es verwaltungsinterne Unstimmigkeiten gegeben hat. Wir meinen, dass dies von der GPK überprüft werden muss und zuhänden des Einwohnerrates ein Bericht erstellt werden muss. Es wurde gesagt, dass dies unnütze Tätigkeit der GPK wäre, weil die Vormundschaftsbehörde per Ende Jahr aufgehoben wird. Die Vormundschaftsbehörde wird ja nicht ersatzlos aufgehoben, es gibt nachher die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde. Diese ist zwar anders organisiert und in mehreren Gemeinden zusammengefasst. Es ist nicht auszuschliessen, dass sich dies wiederholt. Darum halte ich an meinem Antrag fest, dass diese Angelegenheit zur Überprüfung und Berichterstattung an die GPK geht.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Das darf nicht mehr passieren, das ist das eine. Die Thematik ist klar, die Personen der VB sind hier, die wollen wissen, was wir dazu sagen. Es wäre wichtig, die VB und weitere Kreise hier zu entlasten. Dass die GPK dahinter geht, ist kein Problem. Sie haben ein Jahr lang Zeit, bis wir sagen können, dass wir weiter sind. Die sollen es nachher aufgreifen. Aber jetzt liegt das Geschäft vor und die Leute warten auf eine Stellungnahme, sie brauchen unser Vertrauen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass hier eine offene Rechnung besteht, welche man zügig begleichen sollte. Dass ein solcher Fall in Zukunft nicht mehr vorkommen darf, sind wir uns hier alle einig. Aber wir kommen nicht darum herum, diese Kosten zu tragen. Wir möchten hier nicht vorgängig dies an die GPK überweisen, sondern heute Abend über den Nachtragskredit direkt abstimmen. Aus unserer Sicht könnte man der GPK den Auftrag geben abzuklären, wie mit der neuen Organisation ein solcher Fall behandelt würde und welche Mechanismen bestehen, damit dies in Zukunft nicht mehr vorkommt. Falls im Rat der Wunsch da wäre, dass man rückwärts schauen würde, dann könnte man dies im Nachhinein tun.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Es geht mir nicht darum, dass wir hier jemandem einen Fehler zuweisen. Die GPK hat sicher nichts einfaches, das ist klar. Aber wir sollten etwas daraus lernen, ob das die gleiche Vormundschaftsbehörde ist oder eine neue, das spielt keine Rolle. Darum habe ich diesen Antrag gestellt.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir von der SP danken dem Gemeinderat für seine Ausführungen. Die SP-Fraktion wird den Bericht zur Kenntnis nehmen und dem Nachtragskredit zustimmen. Es geht hier um den Schutz der betroffenen Personen in vormundschaftlichen Angelegenheiten. Die Fraktion möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Departementsvorsteher Soziales einerseits Vizepräsident der Vormundschaftsbehörde ist und gleichzeitig Präsident der Sozialhilfebehörde, welche wiederum die jeweiligen Kostengutsprachen formell bestätigt. Die SP-Fraktion empfiehlt der GPK, das kann nach der Absegnung dieses Kredits sein, die Sache nochmals anzuschauen und dem nachzugehen, um die Optimierung der Prozesssteuerung für allfällige zukünftige Fälle gleicher Art zu sichern. Ob dies in Allschwil passiert oder in der KESB, spielt keine Rolle. Das darf nicht mehr vorkommen und wir müssen die Prozesse sichern.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion wird sich dem Antrag der CVP-Fraktion anschliessen und ihren Antrag unterstützen.

Arnold Julier, Gemeinderat: Die Sozialhilfebehörde wurde angesprochen. Das konnte in diesem Fall die Sozialhilfebehörde nicht bezahlen, weil die gesetzlichen Grundlagen gefehlt haben. Wenn die Sozialhilfebehörde rechtliche Grundlagen gehabt hätte, dann hätte sie dies übernehmen können. Das hat sie aber leider nicht, darum sind wir damit hier drin. Es wurde gesagt, wir haben eine offene Rechnung. Wenn Sie unbedingt möchten, dass die GPK dies untersucht, dann möchte ich heute den Kredit haben, damit wir die Rechnung bezahlen können. Ich bitte Sie, den Kredit zu sprechen und das Geschäft damit zu erledigen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Aus unserer Sicht spricht nichts dagegen, dass wir heute den Kredit genehmigen. Uns ist es wichtig, dass es nachher noch von der GPK untersucht wird.

Rolf Adam, Präsident: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung, wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich möchte die CVP-Fraktion anfragen, ob sie den Antrag ändern könnten. Sie schreiben, dass sie es zuerst prüfen möchten und dann den Kredit genehmigen. Wenn ich das richtig verstanden habe, dann könnte man das ändern.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ja, das ist richtig, wir passen dies entsprechend an.

Jürg Vogt, 2. Vize-Präsident:

1. Ausgangslage

2. Erwägungen

3. Antrag

Rolf Adam, Präsident: Der Antrag lautet wie folgt:

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, die ausserordentlichen Kosten für die vormundschaftliche Unterbringungen des Jugendlichen in der Jugendforensischen Abteilung der UPK BS in der Höhe von CHF 84'530 zu genehmigen und dem Konto 101-318.03 zu belasten.

Ruedy Breitenstein, EVP/Grüne-Fraktion: Es ist wichtig, dass Sie auch mich fragen, ob die Finanzierung vor der GPK sein kann oder nicht. Mein Antrag war genau gleich wie derjenige von ihm. Ich kann mich Stephan Wolf anschliessen, dass wir vorher bezahlen und erst danach prüfen.

Rolf Adam, Präsident: Wir stimmen über den Antrag des Gemeinderates ab.

//:

Dieser Antrag wird mit 30 Ja-, 1 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Ich frage die beiden Antragsteller, ob ich die beiden Anträge zusammennehmen darf zum abstimmen? Okay, dann stimmen wir über diese beiden Anträge ab, ob das Geschäft an die GPK überwiesen werden soll.

//:

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

//:

Das Geschäft als Ganzes wird grossmehrheitlich abgeschlossen.

Jean-Claude Bourgnon, SP-Fraktion: Ein kurzer Nachtrag, damit es klar ist. Wie Sie sich vermutlich daran erinnern, haben Sie mich zum Präsident der GPK gewählt. Ich werde auch dort selbstverständlich in Ausstand treten.

Rolf Adam, Präsident: Bevor ich diese Sitzung schliessen, möchte ich es nicht unterlassen Herrn und Frau Gloor herzlich zu danken für den tollen Gastbetrieb und wie sie uns köstlich betreuen mit Weihnachtsguetzli. Wir haben ein kleines Präsent für sie. Ich wünsche Ihnen alles Gute, schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

ENDE